Bayanlara mahsus ilâve ile beraber fiatı 10 kuruş

Preis mit Frauenbeilage: 10 KURUŞ

Numara 5 Kuruştur

ABONE
(Posta ücreti dahil olmak üzre)

		dahil için	ecnebi için
Aylık	Türk lirası	1.50	RM. 5.—
Üç aylık	„ „	4.25	„ 13.—
Altı aylık	„ „	8.—	„ 25.—
Bir senelik	„ „	15.—	„ 50.—

yalnız memleketimizde.
Haftada 6 defa çıkar.

İdarehane:
Beyoğlu, Cumhuriyet caddesi 7
Telgraf adresi: Türkpost.
Telefon: 44606.
Posta Kutusu İstanbul 1264.

Türkische Post

Preis der Einzelnummer . 5 Kurus

BEZUGSPREIS

	Inland	Ausland
für 1 Monat	T. Pfd. 1.50	RM. 5.—
„ 3 Monate	„ 4.25	„ 13.—
„ 6 Monate	„ 8.—	„ 25.—
„ 12 Monate	„ 15.—	„ 50.—

oder Gegenwert
Erscheint wöchentlich 6 mal.

Geschäftsleitung:
Beyoğlu, Cumhuriyet caddesi 7
Drahtanschrift: Türkpost.
Fernsprecher: 44606.
Postfach: Istanbul 1264

11. Jahrgang Nr. 139

Tageszeitung

Istanbul, Sonnabend, 13. Juni 1936

Aufhebung der Sanktionen? - Arabische Abordnung reist nach London
Französisches Parlament nimmt 40-Stundenwoche an - Blum optimistisch

Blum gegen Gewaltanwendung bei der Lösung des Arbeitskonfliktes

Paris, 12. Juni (A.A.)

Die Sitzung der Kammer wurde um 21,50 Uhr geschlossen. Im Laufe der 7 Stunden, die die Sitzung dauerte, wurden beinahe einstimmig die sozialen Gesetze angenommen, die von der Regierung eingebracht waren:

1. bezahlte Ferien für die Arbeiter, 2. Steuererleichterungen für die Kriegsverwundeten, 3. Gewisse Erleichterungen für die Beamten, 4. ein kollektiver Arbeitsvertrag.

Zum Schluß der Sitzung sprach Léon Blum der Kammer seinen Dank für die Schnelligkeit aus, mit der sie die Gesetze verabschiedet hat und ersuchte sie, auch die 40-Stundenwoche anzunehmen. Der Senat wird dieselben Gesetze erörtern.

•

Paris, 12. Juni (A.A.)

Die Kammer hat mit 563 Stimmen gegen eine Stimme das Gesetz angenommen, das für alle Arbeiter Frankreichs bezahlte Ferien vorsieht. Das Gesetz ist dem Senat übergeben worden.

•

Paris, 12. Juni (A.A.)

Die Kammer hat mit 528 Stimmen gegen 7 Stimmen ein Gesetz angenommen, das einen kollektiven Arbeitsvertrag für ganz Frankreich einführt.

•

Paris, 12. Juni (A.A.)

Während der Erörterung des Gesetzesvorschlagen über die bezahlten Ferien wandte sich einer der Abgeordneten der Rechten an Blum mit der Frage: „Was nützt es, diese Gesetze zu erlassen, wenn die Regierung nicht imstande ist, ihre Durchführung zu erzwingen?" Blum antwortete daraufhin folgendes: „Neulich richtete ich an die Kammer die Frage, ob nach ihrer Meinung die Regierung Gewalt anwenden soll, um die Arbeitskonflikte zu lösen. Würden Sie es wünschen, daß wir zuerst die Polizei, dann die Armee einsetzen und damit Gefahr laufen, blutige Ereignisse hervorzurufen? Wir sind entschlossen, nicht diesen Weg zu beschreiten. Wir haben Ihnen unsere Vermittlerrolle vom ersten Tage an unterbreitet. Die Regierung hofft zuversichtlich, daß ihr die Ereignisse Recht geben werden. Das souveräne, freie Parlament wird einsehen, daß eine schnelle Verabschiedung der fünf Gesetzesvorschläge, die wir eingebracht haben, eines der moralischen Elemente für das Aussöhnungswerk ist, das wir verfolgen".

•

Paris, 12. Juni (A.A.)

In der französischen Kammer begann am Freitagvormittag die Aussprache über den Gesetzentwurf der 40-Stunden-Woche, der von dem früheren Finanzminister Paul Reynaud heftig angegriffen wurde, weil zu befürchten sei, daß dieser Plan eine Geldzerrüttung und notwendigerweise eine Inflation nach vorausgegangener Lähmung des französischen Außenhandels zur Folge haben müsse.

Blum erklärte, daß der Franc unberührt bleiben und der Wiederaufstieg der Wirtschaft die gesamten Wechselkurse neu beleben werde.

•

Paris, 13. Juni.

Die französische Kammer hat noch im Laufe der gestrigen Sitzung das Gesetz über die 40-Stunden-Woche mit 385 gegen 175 Stimmen angenommen und sich darauf vertagt.

•

Paris, 12. Juni (A.A.)

Blum begab sich gestern zum ersten Mal in den Senat. Seine Anwesenheit während der Sitzung und in den Wandelgängen erregte ein gewisses Aufsehen. Nach Schluß der Sitzung mußte Blum verschiedene Fragen der Senatoren beantworten. Blum äußerte sich über die Streiklage recht optimistisch.

200.000 Streikende haben die Arbeit wieder aufgenommen

Paris, 12. Juni (A.A.)

Die Wiederaufnahme der Arbeit in Frankreich macht weitere Fortschritte. In den letzten 24 Stunden haben 200.000 Streikende wieder zu arbeiten begonnen.

In Villacoublay haben alle Flugzeugfabriken die Arbeit wieder aufgenommen. In Paris haben am Freitag früh alle Kaffeehäuser und Gaststätten wieder geöffnet.

Kamutay bewilligt zusätzliche Beträge

Ankara, 12. Juni.

Der Kamutay trat heute unter dem Vorsitz des Präsidenten Abdülhalik Renda zusammen und nahm zunächst einen Gesetzentwurf über die Billigung eines Zusatzbetrages in Höhe von 1.346.168 Türkpfund zum Haushalt der Generaldirektion für das Post- und Telegraphenwesen zur Deckung der neuorganisierten Ausgaben der Istanbuler Telefon-Direktion an.

Ein weiterer vom Hause angenommener Gesetzentwurf ermächtigt das Ministerium für Oeffentliche Arbeiten, für die Neuanschaffung und Verbesserung von Funkanlagen Verpflichtungen bis zum Betrage von 1.500.000 Türkpfund einzugehen.

Dann wurde ein Gesetzentwurf zur Abänderung eines Artikels des Gesetzes bezüglich der Ermächtigung des Wirtschaftsministeriums zur Uebernahme von Verpflichtungen bis zum Betrage von 10.000.000 Türkpfund zum Zwecke der Erneuerung des Schiffsbestandes der staatlichen türkischen Handelsflotte angenommen. Hiernach wird das Wirtschaftsministerium ermächtigt, auch kurzfristigere Verpflichtungen einzugehen. Als höchstzulässige Grenze für die Zahlung des Gegenwertes der gekauften oder in Auftrag gegebenen Schiffe sind 10 Jahre festgelegt.

Bei der Beratung des Gesetzentwurfes über die Tätigkeit der technischen Aufbaukommission der Städte hob Innenminister Şükrü Kaya im Namen der Regierung die ersprießliche Arbeit dieses Ausschusses hervor.

Dann wurde ein Gesetzentwurf angenommen, wonach die von der ehemaligen Istanbuler Telefongesellschaft aufgrund des vom Staatsrat gefällten Urteiles zurückzuvergütenden Abonnement-Gelder zum Zwecke des Ausbaues der Istanbuler Krankenhäuser Haseki und Cerrahpaşa der Istanbuler Stadtverwaltung gezahlt werden.

Hierauf beschloß der Kamutay bis zum 1. November 1936 in die Sommerferien zu gehen, um den einzelnen Abgeordneten die Möglichkeit zu geben, sich über die Verhältnisse in ihren Wahlkreisen zu unterrichten.

Minister sprechen in der Fraktionssitzung der Volkspartei

Ankara, 13. Juni.

Die Fraktion der Volkspartei trat heute vormittag unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Dr. Cemal Tunca zusammen. Ministerpräsident İsmet İnönü teilte der Fraktion mit, daß die Meerengen-Konferenz am 22. Juni in Montreux zusammentreten wird.

Auf eine Anfrage der Abgeordneten Rasih Kaplan und Ahmet Sungur über die von der Regierung in Erwägung gezogenen Maßnahmen zur Zusammenziehung der weit auseinander liegenden kleineren Dörfer und über die Ansiedlung der besitzlosen Landbevölkerung antwortete Innenminister Şükrü Kaya im Namen der Regierung. Er betonte, daß sich ein von der Fraktion der Partei gewählter Arbeitsausschuß seit längerer Zeit eingehend mit dieser Frage befasse und daß die von den Fragestellern erwähnten Möglichkeiten von der Regierung sorgfältig geprüft werden.

Auf eine weitere vom Abgeordneten Mehmet Somer (Kütahya) gestellte Frage, welche Beträge die Steuer zum Schutze des einheimischen Weizens gebracht habe, erwiderte Finanzminister Fuat Ağralı, daß sich die Eingänge aus der Weizensteuer für das Finanzjahr 1934 auf insgesamt 6.253.000 Türkpfund belaufen und daß sich die für die Einziehung dieses Steuerbetrages angesetzten Unkosten und Spesen auf 457.000 Türkpfund, d. h. nur 7,32% des eingegangenen Betrages, belaufen. Nach der Befreiung zahlreicher Personen von dieser Steuer durch das Gesetz Nr. 2643 beliefen sich die Einnahmen aus dieser Steuer im Finanzjahr 1935 in den ersten 11 Monaten bis einschließlich April 1936 auf insgesamt 5.902.000 Türkpfund. Die Spesen hätten nur 310.000 Türkpfund, d. h. 5,8%, betragen.

Die türkische Abordnung für Montreux

Ankara, 13. Juni.

Es verlautet, daß die türkische Abordnung für die Konferenz in Montreux am kommenden Dienstag oder Mittwoch aus Ankara abreisen wird.

Die Abordnung wird vom Außenminister Dr. Tevfik Rüştü Aras geführt, und ihr gehören außerdem der Generalsekretär im Außenministerium Numan Rifat Menemencioğlu, der ständige Vertreter der Türkei beim Völkerbund Necmeddin Sadik und, wie gestern bereits berichtet wurde, der stellvertretende Chef des Generalstabes, General Asim an.

Mitglieder der Delegation sind ferner der erste Rat im Außenministerium, Zia, der Unterstaatssekretär für Handelsmarineangelegenheiten Sadullah, Flottenkommandant Admiral Fahr, der Kommandant der Luftflotte, Oberst Çakmak, der Direktor für Hygiene am Gesundheitsministerium, Dr. Asim, sowie die türkischen Militärattachés in Rom und Paris.

—o—

Presse-Tee auf der türkischen Gesandtschaft in Bukarest

Bukarest, 12. Juni (A.A.)

Nach Eröffnung der Balkanpresse-Konferenz gab der türkische Gesandte einen Tee in den Räumen der Gesandtschaft. Anwesend waren Ausenminister Titulescu, Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Radulescu, die Gesandten der Balkanstaaten, die Presseabordnungen und Persönlichkeiten der rumänischen und ausländischen Presse.

—o—

Prinzregent Paul empfängt Reichsbankpräsident Dr. Schacht

Belgrad, 13. Juni.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht, der gegenwärtig in Belgrad weilt, hielt am Donnerstagabend in der Deutschen Gesandtschaft einen Vortrag über die Finanz- und Wirtschaftspolitik Deutschlands.

Gestern vormittag hatte Dr. Schacht eine längere Besprechung mit dem Gouverneur der jugoslawischen Staatsbank. Zu Mittag wurde der Reichsbankpräsident von Prinzregent Paul empfangen, der anschließend ihm zu Ehren ein Frühstück gab, an dem auch der jugoslawische Ministerpräsident Stojadinowitsch und der deutsche Gesandte teilnahmen.

•

Zwischen der deutschen Verrechnungskasse und der jugoslawischen Notenbank wurde gestern ein Protokoll unterzeichnet, das sich auf Fragen des Verrechnungsverkehrs und auch auf weitere Erleichterungen des gegenseitigen Reiseverkehrs bezieht.

Diplomatenempfang bei Atatürk

Ankara, 12. Juni (A.A.)

Der neue polnische Botschafter Michel Sokolnicki wurde heute um 16 Uhr und der neue bulgarische Gesandte Theodor Christoff um 17 Uhr vom Präsidenten der Republik in Çankaya zur Entgegennahme ihrer Beglaubigungsschreiben in Audienz empfangen.

Atatürk empfing um 18 Uhr den iranischen Botschafter Halil Fahimi, der dem Staatspräsidenten ein Handschreiben seiner Majestät des Schah-in-Schah von Iran überreichte.

Minister Behmen wieder nach Istanbul zurückgekehrt

Der jugoslawische Minister Behmen ist gestern in Istanbul eingetroffen und wurde am Galata-Kai von zahlreichen Persönlichkeiten empfangen.

Der jugoslawische Gast ist von seiner Reise, die ihn nach Ankara, Alyon-Karahisar und Izmir geführt hatte, mit den besten Eindrücken zurückgekehrt und äußerte sich mit Worten höchster Anerkennung über die ihm bereitete Aufnahme vor allem bei der türkischen Regierung.

Pressevertretern gegenüber gab der Minister seiner Bewunderung und Anerkennung über das großartige Aufbauerk Ausdruck, das er während seines kurzen Aufenthaltes in der Türkei zu sehen bekam. Besonders Ankara hat auf Minister Behmen einen sehr starken Eindruck gemacht.

Der jugoslawische Gast wird noch etwa 2 Wochen in Istanbul bleiben und von hier aus Yalova und Bursa besuchen.

—o—

Militärische Kontrolle in Palästina

Jerusalem, 12. Juni (A.A.)

Das Land ist für die militärische Kontrolle in vier Gebiete eingeteilt worden. Die arabischen Aufständischen haben es bei ihren Gewalttaten hauptsächlich auf die Eisenbahnen und Straßen abgesehen. Ferner werden zwei Versuche gemeldet, zwei Eisenbahnzüge zum Entgleisen zu bringen. Weiter wurde eine Brücke zerstört. Zahlreiche andere sind beschädigt.

•

Jerusalem, 13. Juni.

In Jerusalem wurde gestern ein britischer Polizei-Inspektor, der sich durch sein angeblich übermäßig scharfes Vorgehen bei den Arabern unbeliebt gemacht hatte, von zwei Arabern überfallen und durch mehrere Schüsse schwer verletzt. In dem Feuergefecht erlitt auch der eine der beiden Täter schwere Verwundungen, während der andere entkommen konnte. Ein britischer Polizist, der den Inspektor begleitete, wurde leicht verletzt.

•

Jerusalem, 12. Juni (A.A.)

Eine arabische Abordnung hat Jerusalem verlassen, um sich nach London zu begeben und dort einen Propagandafeldzug für die arabische Sache zu beginnen.

•

Das 2. Bataillon der Gordon-Highlanders schiffte sich in Gibraltar an Bord des Schlachtkreuzers „Repulse" nach Aegypten ein.

Die Objektivität gewahrt
Ist eine deutsch-französische Annäherung möglich?

Die Aufnahme des Ministeriums Blum in Deutschland wird von französischer Seite mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Die viel gestellte Frage ist die, ob der durch die Kammerwahlen erfolgte Kurswechsel in Frankreich weiterhin eine deutsch-französische Annäherung ermöglicht oder nicht.

Claude Jeantet, der Außenpolitiker des „Petit Journal", beantwortet die gestellte Frage in einem Artikel der Wochenzeitschrift „Je suis Partout" dahin, daß sich zwei Tendenzen der öffentlichen Meinung in Deutschland abzeichneten. Nach der einen würde die Annäherung noch immer für möglich gehalten, die andere halte sie für kompromittiert und warne daher Frankreich vor Rückfällen in vergangene Zeiten. Man dürfe indessen nicht annehmen, daß die beiden Tendenzen die Meinung Deutschlands in zwei Teile teilten. Eine solche Auffassung sei ein schwerer Irrtum. Deutschland fasse lediglich alle Kombinationen ins Auge. Es wolle weiter die Annäherung mit Frankreich, so lange das möglich sei. Jeantet zollt in diesem Zusammenhang der Unvoreingenommenheit der deutschen Presse und der deutschen Auslandsberichterstatter höchstes Lob:

„Man hat das Erscheinen des Kabinetts Blum in Deutschland", so heißt es, „ohne Spitzfindigkeiten und ohne etwas zu verschweigen aufgenommen, ebenso wie man die Zusammensetzung des neuen französischen Parlaments ganz objektiv analysiert hatte. Es ist sehr bedeutsam, daß die deutschen Zeitungen unter diesen schwierigen Umständen gerade vom Informationsstandpunkt aus eine Objektivität gewahrt haben, die zwischen Ländern, deren politische Auffassungen scharf auseinander laufen, äußerst selten ist".

Jeantet, selbst der Typ eines lauteren und gewissenhaften Journalisten, hofft, daß die französische Presse diesem Beispiele in der gleichen Weise folgen möge.

Keine Berliner Reise des Grafen Ciano

Rom, 13. Juni (A.A.)

In unterrichteten italienischen Kreisen erklärt man, daß die Nachrichten, denen zufolge der neue italienische Außenminister Graf Ciano nach Berlin reise, nicht der Wahrheit entspreche.

Welche Beweisgründe wird England anführen?

London, 12. Juni (A.A.)

Die Rede, die Chamberlain am Mittwoch gehalten hat, und die Erklärungen Baldwins zu den Sanktionen in der Donnerstag-Sitzung des Unterhauses werden von allen englischen Zeitungen als Ankündigung des Endes der Sanktionen gewertet.

•

London, 12. Juni (A.A.)

Vom Havas-Berichterstatter:

In politischen Kreisen wird angenommen, daß die Aufhebung der Sanktionen gegenwärtig praktisch unvermeidlich ist, trotzdem Baldwin gestern nachmittag im Unterhaus erklärt hat, daß die Regierung in dieser Angelegenheit noch nicht schlüssig sei. Es scheint, daß das englische Kabinett bereits eine Beweisführung gefunden hat, die für die öffentliche Meinung annehmbar sein wird.

Wie man bemerkt, wird sich diese Beweisführung weder auf die chilenische Denkschrift stützen, noch auf die Anregung Argentiniens oder auf die allgemeine Haltung der südamerikanischen Staaten, wenn auch alles das als Vorwand für die Aufhebung der Sanktionen benutzt werden könnte.

Die englischen Beweisgründe werden eine positive und feste Grundlage haben: 1. Die Sanktionen können nicht mehr als ein Vorbeuge- oder Heilmittel betrachtet werden. 2. Die Sanktionen als Strafe aufrechtzuerhalten, wäre zu gefährlich. Nach Meinung der erwähnten Kreise würde folgendes Verfahren angewandt werden: der Völkerbundsrat würde gewisse Empfehlungen ausarbeiten, die der Vollversammlung unterbreitet werden würden. Die Vollversammlung würde einen besonderen Ausschuß ernennen, der wohl die Aufhebung der Sanktionen, nicht aber die Anerkennung der Annexion Aethiopiens vorschlagen würde.

•

London, 12. Juni (A.A.)

Es wurde gemeldet, daß während der vorgestrigen Unterredung zwischen Eden und Grandi die Rede von der Haltung Italiens gegenüber dem Völkerbund und den Sanktionen war. Diese Nachricht schien wohl begründet, da Grandi in bestimmter Weise erklärt hatte, daß Italien den Völkerbund verlassen würde, falls die Sanktionen auf der nächsten Tagung des Völkerbundes nicht aufgehoben werden. Die Nachricht wurde jedoch von amtlichen englischen Kreisen gegen Abend auf das entschiedenste dementiert.

Man scheint Grund zu der Annahme zu haben, daß Italien bereit ist, eine nachgiebigere Haltung gegenüber dem Völkerbunde in der Frage der Annexion Aethiopiens einzunehmen. Man hofft in vielen Ländern, England mit eingeschlossen, daß Italien einen entgegenkommenden Schritt gegenüber dem Völkerbund unternimmt, noch bevor die Vollsitzung stattfindet. Falls eine Erklärung erfolgen sollte, daß Italienisch-Ostafrika nach Mandatsgrundsätzen verwaltet werden wird, würde die Lage ohne Zweifel erleichtert werden.

•

London, 12. Juni (A.A.)

„News Chronicle" schreibt:

Die englische Regierung hat keine bestimmte Außenpolitik. Sie wartet einfach die Ereignisse ab. Die französische Regierung könnte eine tatkräftige englische Initiative und die englische Regierung könnte eine französische Initiative unterstützen, beide Regierungen warten jedoch ab, bis sich Deutschland und Italien von der Unzulänglichkeit ihrer Thesen überzeugen.

Nanking, 12. Juni (A.A.)

Es wird gemeldet, daß die chinesische Regierung den italienischen Vorschlag, China solle einseitig die Sanktionen aufheben, zurückgewiesen hat. Die chinesische Regierung hat erklärt, daß für diese Angelegenheit der Völkerbund zuständig sei.

Pariser Rätselraten um Italien

Paris, 12. Juni (A.A.)

Die Blätter beschäftigen sich beinahe ausschließlich mit der Frage, welche Stellung Italien einnehmen wird und welche Folgen seine Haltung in Mitteleuropa haben würde.

Hinsichtlich der Sanktionsfrage bemerkt das Blatt „Populaire", daß eine gewisse Presse einen wilden Feldzug zugunsten ihrer Aufhebung führe, damit die Stresa-Front wieder hergestellt werde. Nach Ansicht des Blattes würde jedoch die Aufhebung der Sanktionen die Politik Mussolinis nicht beeinflussen, und darum habe der Streit zwischen den Anhängern und Gegnern der Sanktionen keinen Zweck. Das, was Frankreich nötig habe, wäre eine klare und einheitliche Politik, die die Festigung des Völkerbundes und die Organisierung des Friedens in Europa zum Ziel hat. Die Sanktionsfrage kann nur im Zusammenhang mit einer solchen Politik gelöst werden.

Die Genfer Tagesordnung

Genf, 13. Juni.

Wie aus Genf bekannt wird, ist nunmehr die Tagesordnung für die nächste Tagung des Völkerbundsrates am 20. Juni festgesetzt worden.

Auf der Tagesordnung stehen der italienisch-äthiopische Streit und der im Jahre 1925 zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, England und Italien in Locarno abgeschlossene Vertrag.

Kurzmeldungen vom Tage

Die Universität Heidelberg feiert in den letzten vier Tagen dieses Monats das Fest ihres 550-jährigen Bestehens.

Zu der Feier werden außer den 1500 Ehrengästen weitere 200.000 Gäste erwartet. Angemeldet sind ferner 250 Presseberichterstatter, davon 180 ausländische.

•

Der deutsche Kreuzer „Karlsruhe" kehrte gestern nachmittag um 14 Uhr von seiner Weltreise in den Heimathafen Kiel zurück. Seit der im Oktober 1935 erfolgten Ausfahrt hat der Kreuzer rund 60.000 km zurückgelegt.

•

Landon ist mit 34 Stimmen gegen 19, die Senator Borah erhielt, zum Präsidentschaftskandidaten der Republikaner in U.S.A. gewählt worden.

•

Die ganze tschechoslowakische Presse bestätigt, daß das wichtigste Ergebnis der Bukarester-Konferenz der Kleinen Entente die Wiederbekräftigung der Einigkeit der drei Länder in allen internationalen Fragen sei.

Die neue Verfassung in Sowjetrußland

Moskau, 12. Juni (A.A.)

Von der Tass-Agentur:

Gestern wurde folgender Beschluß des Präsidiums des Zentralvollzugsausschusses der U.d.S.S.R. hinsichtlich der Verfassung des Landes veröffentlicht:

•

Nachdem der Zentralvollzugsausschuß den Bericht Stalins, des Präsidenten des Verfassungsausschusses, entgegengenommen hat, hat das Präsidium beschlossen: 1. Den Verfassungsplan, der vom Verfassungsausschuß ausgearbeitet wurde zu billigen. 2. Den Kongreß der Sowjets der U.d.S.S.R. für die Prüfung des Verfassungsplanes einzuberufen. 3. Den 25. November 1936 als Zeitpunkt für die Einberufung der Sowjets der U.d.S.S.R. festzusetzen. 4. Den Verfassungsplan zu veröffentlichen, um ihn der Beurteilung durch das gesamte Volk zugänglich zu machen.

Nach diesem Beschluß des Präsidiums folgt der volle Wortlaut der Verfassung.

•

Die englisch-sowjetrussischen Flottenverhandlungen sind gestern im Foreign Office wieder aufgenommen.

Politische Wochenschau

Umlagerung der politischen Stützpunkte. — Genf als Weltspiegel. — Veränderungen im englischen Kabinett. — Die Meerengenkonferenz. — Deutschland und der englische Fragebogen. — Frankreichs innere Schwierigkeiten. — Der Aufstand in Palästina. — Die Vorgänge im Fernen Osten. —

Istanbul, 12. Juni

Die Stützpunkte der internationalen Politik verändern sich in gewissen Zeitabschnitten, die man dann Epochen nennt. Der Vorgang der Umlagerung erfolgt sehr allmählich und kaum merkbar, aber je weiter er fortschreitet, umso mehr löst er unter verschiedenen anderen Begleiterscheinungen das Gefühl allgemeiner Ungewißheit und Unsicherheit aus. Seit Kriegsende schien die europäische Politik fest und sicher auf die zwei Ecksteine — Frankreich und England — gestellt zu sein. Im Genfer Mikrokosmus spiegelte sich dies Bild getreulich wieder. Bald stand Frankreich, bald stand England mehr im Vordergrund, aber beide Länder machten die Politik Genfs, und für beide wurde der Völkerbund nicht nur das Sinnbild für die Politik der „Kollektiven Sicherheit", sondern auch das Mittel dazu. Der Völkerbund ist jedoch, wie gesagt, ein getreuer Spiegel der wirklichen Kräfteverhältnisse in der Welt, ein Spiegel des Niedergangs oder des Aufstiegs von politischen Kräften. Der Völkerbund hat nicht die Probe im Fall Aethiopien bestanden, nicht weil seine Organisation unzulänglich und er selbst unentschieden und wankelmütig war, sondern weil die Mächte, die ihn führten, es waren.

•

Am 30. Juni soll in der Vollversammlung des Völkerbundes das entscheidende Wort in der italienisch-äthiopischen Frage gesprochen werden. Was der Zauberspiegel für die Königin aus dem Märchen war, das könnte jetzt der Genfer Spiegel für England und die „kollektive Sicherheit" werden. England und mit ihm die Welt werden sehen, ob England noch das „alte England" ist und ob die kollektive Sicherheit ihren alten Sinn behalten hat. Man begreift, daß die Erregung, mit der man in England dieser Entscheidung entgegensieht, ganz ungewöhnlich stark ist auch die Zerrissenheit der englischen öffentlichen Meinung. Darüber geben die „Briefe" in der „Times" aus den verschiedensten englischen Kreisen ein besonders anschauliches Bild.

•

Unter den englichen Blättern, die für eine Politik des „Durchhaltens" gegenüber Italien eintreten, führt das sonst so ruhige wirtschaftliche Blatt „Economist" vielleicht die schärfste Sprache. Nach seinen Worten ist der Völkerbund die erste und die letzte Verteidigungslinie des britischen Empire. Wenn der Völkerbund „stirbt", stirbt auch der von England unternommene große Versuch, die internationalen Beziehungen unter den Zwang einer vernünftigen und moralischen Ordnung zu stellen. Es wäre verkehrt anzunehmen — wie das vielfach in England und Frankreich geschieht —, daß nach der „Beerdigung Aethiopiens" sich die ehemaligen Stresa-Mächte wieder zu einander setzen könnten, als wenn nichts geschehen wäre, was ihre Einigkeit hätte trüben können.

•

Wenn der Völkerbund und die kollektive Sicherheit sterben, wird ein Krieg unvermeidlich werden. Wäre es darum — so schließt der „Economist" — nicht zweckmäßiger, schon jetzt einen Krieg für die Rettung des Völkerbundes zu führen — jedenfalls würde ein solcher Krieg weniger Kosten verursachen. Für den Gedanken, den Völkerbund und den Grundsatz der kollektiven Sicherheit um den Preis eines Krieges zu retten, finden sich jedoch auch in England wenig Anhänger.

•

England ist immer noch reich und mächtig, und die Regierung Baldwins steht genügend fest da, schon deswegen, weil für Baldwin gegenwärtig kein Ersatz vorhanden ist. Das müssen selbst die Gegner Baldwins zugeben. Die Regierung hat vielleicht nicht die Stellung, die sie